



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
31. Oktober 1950

P/V/254

Hinweise
auf den Inhalt:

Vollbeschäftigung billiger als zwei Mill. Arbeitslose	S. 1.
Zu den US-Kongreßwahlen am 7. November	S. 2.
Der remilitarisierungssüchtige BDJ	S. 4.
Axel Springer dehnt sich aus	S. 5.
Telegramm Schumachers zum Parteitag der SPÖ	S. 6.

Der englische Weg

Von Fritz Erler, M.d.B.

Der Wahlkampf zum Bundestag vor über einem Jahre ist von den bürgerlichen Parteien zu einem grossen Teil mit Argumenten gegen die englische Arbeiterregierung geführt worden. Herr Prof. Röpke, dessen angeblich wissenschaftlichen Rat sich die Bundesregierung mit einem Prof. Erhards Politik beweihräuchernden Gutachten eingeholt hat, meinte damals unter Hinweis auf England und Skandinavien, sozialistische Regierungen brächten es in kürzester Frist fertig, eine harte Währung weich zu machen.

Inzwischen ist ein erstaunlicher Wandel eingetreten. Das englische Volk hat die Arbeiterregierung, wenn auch mit knapper Mehrheit, erneut im Amte bestätigt; England steuert den zweifellos nicht einfachen, aber den grossen Massen der Bevölkerung ausserordentlich bekömmlichen Kurs der Vollbeschäftigung systematisch weiter; die Regierung schreckte nicht davor zurück, die grundsätzlich beschlossene Nationalisierung der Stahlindustrie für den Beginn des Jahres 1951 durchzuführen.

Nach Röpkes und seiner deutschen Machbeter Meinung führt jede sozialistische Maßnahme zu einem Sinken der Kreditwürdigkeit des betreffenden Landes, gefährdet damit Einfuhr und Wirtschaftsaufbau und vor allem natürlich auch die Währung. Was lesen wir aber nun zu unserem Erstaunen am 13. Oktober 1950 in den "Basler Nachrichten"?

"Britische Finanzkreise weisen auf die starke Beeinflussung des Londoner Geldmarktes durch den anhaltenden Zufluss von amerikani-

sohem und kontinentalem Kapital hin... Angesichts der Tatsache, dass der Zustrom von amerikanischem Kapital während der letzten Wochen allein etwa 100 Mill. Dollar nach England brachte, hat sich die britische Regierung entschlossen, auf das kommende Wochenende eine Rekordausgabe von Schatzamtscheinen vorzubereiten".

Anscheinend hat also die näherrückende Nationalisierung der britischen Stahlindustrie den Kapitalbesitzern keinerlei Angst vor der englischen Wirtschaftspolitik eingeflösst, sondern sie im Gegenteil sogar ermutigt, Kapitalien nach England zu verlegen. Anscheinend hat sich die Vollbeschäftigungspolitik besser in der Lage erwiesen, mit den Schwierigkeiten der Aufrüstung fertig zu werden als eine planlos sich selbst und dem Profit überlassene Wirtschaft.

Man warf der englischen Regierung vor, für den Aufbau ihrer Wirtschaft zwei Mrd. Dollar an Devisen eingebüsst zu haben. Wir sind der Meinung, dass selbst mit einem so hohen Preise die Vollbeschäftigung nicht zu teuer erkaufte wurde, denn 1 1/2 bis zwei Millionen Arbeitslose als Dauererscheinung kosten die Volksgesamtheit mehr. Es kommt nicht darauf an, auf einem wie grossen ungenutzten Devisensack man sitzt, sondern es kommt darauf an, das Sozialprodukt zu steigern, um dann aus dem gesteigerten Produkt allen ein möglichst grosses Stück des Kuchens geben zu können. Das ist der englische Weg; er hat sich bewährt. Vielleicht beginnt man auch in Deutschland, das einzusehen.

- - - -

Amerika wählt

f. In wenigen Tagen wird eine Entscheidung fallen, die auf die Weltpolitik in jedem Falle einen fühlbaren, möglicherweise auch nachhaltigen Einfluss haben wird. Der Stichtag ist der 7. November, das Ereignis die amerikanischen Kongresswahlen. An diesem Tag entscheidet sich, ob Präsident Truman mit einem seiner politischen Zielsetzung feindlichen Kongress die letzte Phase seiner Amtszeit bestreiten muss, oder ob er wenigstens mit einer, wenn auch geschwächten demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses rechnen darf.

Seit dem Ausgang der letzten Präsidentenwahlen, die den politischen Propheten einen bösen Reinfall brachten, ist ein gehöriges Maß an Skeptis gegenüber amerikanischen Wahlvoraussagen gewiss berechtigt. Dennoch darf mit guten Gründen angenommen werden, dass eine Stärkung der demo-

kratischen Regierungspartei in beiden Häusern ausgeschlossen ist. Schon ein Sieg der Demokratischen Partei im Senat im Sinne einer stärkeren Mehrheit als sie sie jetzt hat, wäre eine Sensation. Für das Repräsentantenhaus erscheint er völlig unmöglich. Noch vor wenigen Wochen durfte man füglich damit rechnen, dass zumindest eines der beiden Häuser des Kongresses von der republikanischen Opposition erobert würde. Das wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit das Repräsentantenhaus gewesen, möglicherweise aber auch der Senat und damit das weitaus wichtigste Instrument der amerikanischen Legislative.

Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, dass ausgerechnet General McArthur, den die Republikaner fast zum Kronanwalt ihrer Sache gemacht haben, durch seinen Sieg in Korea die republikanischen Wahlaussichten erheblich und wahrscheinlich entscheidend verschlechtert hat. Wenn am 7. November eintritt, was die bedeutendsten Publizisten Amerikas voraus-sagen, nämlich eine knappe Mehrheit der Demokraten in beiden Häusern, dann ist dies das Werk McArthurs. Denn die koreanische Misere der amerikanischen Streitkräfte in den ersten Wochen war die grosse politische Hoffnung der Republikaner, die Wende in Korea parteipolitisch ihr Unglück.

Am 7. November wird das ganze Repräsentantenhaus, dessen Amtszeit nach der Verfassung zwei Jahre beträgt, neu gewählt und ein Drittel des Senats, der sich nur alle sechs als Ganzes, alle zwei Jahre in einem Drittel seiner Mitglieder erneuert. Durch den Tod von zwei Senatoren und den Rücktritt zweier weiterer Senatsmitglieder ist in diesem Jahr die Zahl der zu wählenden Senatoren 36, nicht 32. Die kurze Lebensdauer des Repräsentantenhauses gibt den Mitgliedern dieser Kammer, deren Macht mit der des englischen Unterhauses nicht im entferntesten verglichen werden kann, nicht genügend Spielraum, um zu grossem politischen Einfluss zu gelangen. Daher interessiert hier im grossen und ganzen nur die zahlenmässige Zusammensetzung nach dem Wahltag. Im Augenblick beträgt die Mehrheit der Demokraten 90 Sitze - das Haus zählt 262 Demokraten und 172 Republikaner. Eine solche Mehrheit ist nach dem Sieg in Korea schwerlich völlig zu erschüttern. Im ungünstigsten Falle wird die demokratische Mehrheit auf etwa 40 Sitze herabsinken.

Schwieriger ist die Beurteilung der Aussichten für den Senat, der im Augenblick unter den 96 Mitgliedern - nach der Verfassung zwei für jeden der 48 Staaten - 54 Demokraten und 42 Republikaner zählt. Hier genügt daher den Republikanern ein absoluter Gewinn von nur sieben Sitzen,

um die Mehrheitsverhältnisse umzukehren. Aber die Voraussagen stehen im Augenblick auf einer Verringerung der demokratischen Mehrheit im Senat um etwa vier Sitze. Das wahrscheinliche Verhältnis in diesem für die grossen politischen Entscheidungen so äusserst wichtigen Hause wird also etwa 50 : 46 zugunsten der Demokraten sein.

Es ist klar, dass es sich bei diesen Voraussagen nur immer um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung handeln kann. Bei dieser Rechnung ist die psychologische Reaktion der Wähler auf die Enthüllungen grosser Skandale, die der einen oder anderen Partei zur Last gelegt werden, die wichtigste, aber nicht die einzige Unbekannte.

----- Bund ohne Jugend -----

bu. Ende August machte der Bund Deutscher Jugend (BDJ) durch eine grosse Flugzettel- und Plakataktion in mehreren Großstädten Westdeutschlands von sich reden. Mit den hereinströmenden Mitgliedern sollte zugleich die Organisation großartig ausgebaut werden. Davon ist aber trotz der dazwischen liegenden geraumen Zeit nichts zu spüren, während von Bundesführung und Vertrauensleuten der Landesstellen Mitgliedszahlen zwischen 10.000 und 20.000 genannt werden.

Aber weder diese Zahlenakrobatik noch der ungeheure Papieraufwand und die Geschäftigkeit des Zentralbüros in der Feldbergstrasse in Frankfurt können darüber hinwegtäuschen, dass der Bund Deutscher Jugend ein Bund ohne Jugend ist. Er lebt von der Aktivität einiger Leute, von Pressekonferenzen, ein paar Sensationsberichten und vor allen Dingen von den scheinbar unversiegbaren Geldquellen.

Diese Geldquellen, so gibt der 40-jährige Heinz Schipplack, erster Vorsitzender des BDJ-Führungsrings, und sein Stab an, fliessen aus dem Lager der Industrie. Wie man hört, soll der Sohn des Industriellen und Handelskammerpräsidenten Vorwerk aus Wuppertal die notwendigen Querverbindungen dafür geschaffen haben. Er scheint der Heinrichsbauer des BDJ zu sein. Das scheinen aber nicht die einzigen Geldquellen des BDJ zu sein. Die wiederholten Behauptungen, dass sich für den BDJ auch Kreise der Militärregierung und Bonner Interessenten gefunden haben, sind bisher nur dementiert, nicht aber widerlegt worden. Die häufig gehörte Version behauptet sich, dass manche Stellen der Militärregierung eine ihnen zugeneigte Jugendorganisation als Gegen gründung zur FDJ nicht ungerne se-

hen würden. Dass man in Bonn der BDJ-Forderung nach deutscher Wiederbewaffnung unter ausschliesslich deutschem Oberkommando sehr sympathisch gegenübersteht, ist verständlich, ebenso, dass man sich die Sache etwas kosten lassen wird.

Geld allein aber schafft es nicht. So musste auch der BDJ bald einsehen, dass guter finanzieller Rückhalt zwar vielerlei propagandistische Möglichkeiten gibt, aber nicht in der Lage ist, die organisatorische Bedeutungslosigkeit zu überbrücken. Man versuchte daher, bestehende Jugendorganisationen und -Gruppen zu gemeinsamen Veranstaltungen zu veranlassen. Der BDJ wollte dabei die Kosten übernehmen und die Organisationen sollten als Gegenleistung die Jugend stellen. Dabei scheute man nicht davor zurück, wenn der finanzielle Anreiz nicht ~~ausdrücklich~~ ^{ausdrücklich} genug war, auf BDJ-Flugzettel Organisationen als Unterzeichner erscheinen zu lassen, die dazu niemals ihr Einverständnis gegeben hatten.

Die demokratischen Jugendorganisationen und parteipolitischen Jugendgruppen haben den Bestrebungen des BDJ ihr deutliches Nein entgegengesetzt. Sie wollen weder eine von der Militärregierung protegierte Anti-BDJ-Jugendorganisation noch eine Jugendgruppe, die die moralische Remilitarisierung der deutschen Jugend betreibt.

Lange vor den BDJ-Farolen hat die demokratische Jugend ihren Willen zum Kampf gegen die antidemokratischen Kräfte links- und rechtsradikaler Prägung unter Beweis gestellt. Anti-Bolschewismus allein ist keine Zielsetzung. Wer den Kommunismus bekämpfen will, muss sich mit allen Kräften für die soziale Sicherheit und die gesunde demokratische Entwicklung Deutschlands einsetzen. Wer für die Jugend etwas tun will, muss sich für die rascheste Beseitigung der ungeheuren Jugendnot einsetzen und die schwierige Arbeit der demokratischen Jugendorganisationen bestmöglich unterstützen. Der BDJ jedenfalls stellt in seiner ganzen Struktur keine positive Errungenschaft für die Gesundung auf dem Jugendsektor dar.

- - - -

Axel Springer dehnt sich aus

sp. Es ist nicht mehr ganz übersichtlich, wohin die Fäden versponnen sind, die der Hamburger Verleger Axel Springer in seinen Händen hält. Hammerich und Lesser und der Berliner Springer-Verlag waren zunächst und seit Jahren bekannt. Aber aus Berlin hat sich der junge Chef des Hauses zurückgezogen und dafür in Hamburg gegen alle Vorhersagen und Widerstände sogar nach der Währungsreform das "Hamburger Abendblatt" durchgesetzt,

vorher bereits die "Constanze" aufgezogen, für die eine eigene Verlagsgesellschaft gegründet wurde und für die auch der ehemals Berliner Verleger John Jahr spricht, aber nur zu einem Teil legitimiert. Den anderen und nicht wichtigeren hält Axel Springer. Die "Constanze" zweigt jetzt einen neuen Trieb ab: "Die Junge Dame". Auch dort wird John Jahr auftreten und hinter ihm steht der vitale Hamburger Verleger Springer. Der Stellvertreter des Chefredakteurs der "Constanze", Helmut Grömmel, wird Chefredakteur der "Jungen Dame". So wird die Verzahnung auch äusserlich erkennbar.

Gleichzeitig aber hat man sich in den hannoverschen "Spiegel" hineingesetzt. Anfangs pachtete man das Anzeigengeschäft und übernahm den Vertrieb. Jetzt sitzt John Jahr in der Geschäftsführung des "Spiegel" und hat Anteile. Die weitere Entwicklung ist nicht unklar vorauszusagen. Eine der wichtigsten Publikationen des Springer-Konzerns oder des Gesamtunternehmens Springer ist die PUNKTZEITSCHRIFT "Hör zu", die offenbar die kommerzielle Grundlage für weitere Aktionen gebildet hat. In aller Stille hat sich in Hamburg die einstige Ullstein-Idee auf ihre neue Art und unter Beachtung der besonderen Gegebenheiten der Nachkriegszeit realisiert.

Der hauptsächlichliche Initiator ist Axel Springer. Er hat es verstanden, eine Reihe von sehr erfahrenen Mitarbeitern um sich zu versammeln, die als Verlagsleiter, Finanzberater und Journalisten tätig sind. John Jahr nimmt unter ihnen eine besondere Stelle ein. Er ist selbständiger als die übrigen. Das hängt auch mit seiner Herkunft zusammen. Vor 1945 war Jahr in Berlin Verleger, gab auch damals die "Junge Dame" heraus. Wo er politisch stand, wusste niemand. Und heute wäre das Wissen nicht grösser - aber wichtiger.

- - - - -

- Telegramm Dr. Schumachers zum Parteitag der SPÖ -

sp. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) hält vom 2.-4. November ihren Parteitag in Graz ab. Als Vertreter der SPD wird Erich Ollenhauer daran teilnehmen. Für eine Sonderausgabe der sozialdemokratischen "Neuen Zeit", Graz, hat Dr. Kurt Schumacher folgendes Telegramm zur Verfügung gestellt:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entbietet der Sozialistischen Partei Österreichs die Grüsse brüderlicher Verbundenheit und treuer Kameradschaft. Die österreichischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten sind die linken Parteien Mittel- und Westeuropas gewesen, die nach der Befreiung von den Fesseln des Nazismus nicht den Weg zum Kommunismus gegangen sind, sondern die Demokratie als Voraussetzung und Bestandteil des sozialen Befreiungskampfes erkannt und auf jede Konsequenz hin verteidigt haben. Wir hoffen, dass Euer Parteitag nach Eurer grossen Abwehrlleistung der jüngsten Zeit gegenüber dem Kommunismus uns gemeinsam auf diesem Wege ein Stück vorwärts bringen möge. Dr. Kurt Schumacher".